

Baruther Anzeiger

Leitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland

Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abend für den folgenden Tag. Bezugsgehalt freibleibend für den Monat eine Goldmark. Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Markt). Fernsprecher Nr. 17. — Postkassonno: Berlin Nr. 345 40. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgebeldes.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreigespaltene Kleinzeile (30 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Markt). Für Anzeigen an vorgeschriebenen Stellen, ferner für unentgeltlich geschriebene Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 15

Dienstag, den 3. Februar

1925

Bur Landtagswahl.

Brauns Kabinettsbildung aussichtslos. — Auflösung des Landtages? — Englische und französische Pressestimmen zur deutschen Note und Dr. Luthers Rede. — Der Varnat-Prozess im Untersuchungsausschuss.

Die Landtagswahl.

Zur Landtagswahl hört man von deutschnationaler Seite die Ansicht, daß es unmöglich sei, den Kampf gegen die Volkmeinung auf der bisherigen Basis aufzunehmen, und eine Regierung auf so wichtiger Grundlage zu bilden. Sollte in einer demnächstigen Wahlmühsam dem preussischen Ministerium das Vertrauen nicht ausgesprochen werden, so wäre Herr Braun gezwungen, den Landtag aufzulösen, was gewiß für die Wähler eine schwere Belastung sei. Die rechtsstehenden Parteien würden einer Landtagsauflösung um so mehr mit voller Mühe entgegensehen, als die Reichsregierung wohl gerade zeigt, daß ihre sozialpolitische Einstellung auch für die Arbeiterschaft völlig tragbar sei. Hingewiesen wird die Untersuchungsausschuss der Volksparteier Dr. Leibitz vorgetragenen Erklärungen und Enthaltungen schließlich den linksstehenden Parteien in einem Wahlkampf schwere Verluste beibringen würden. Daß man den Kampf mit einem Ministerium Braun sofort aufnehmen wird, ist gewiß. Es wird darauf hingewiesen, daß im Varnat-Prozess die Volkspartei gerade durch die im Zusammenhang mit der Varnat-Affäre aus Licht gekommenen Tatsachen bestimmt noch stärker an die Seite der deutschnationalen geführt worden sei als bisher.

Brauns Kabinettsbildung aussichtslos.

Der am Freitag von der Koalition des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten wiedergetragene frühere preussische Ministerpräsident Braun hat sich bis zur Stunde noch nicht entschieden, ob er das ihm durch die Wahl wiederangebotene Amt annehmen wird oder nicht. In der Freitagabend-Beratung des interfraktionellen Ausschusses der drei Koalitionsparteien der Linken hat Braun sich erst nach längeren Auseinandersetzungen bereit erklärt, den Versuch der Kabinettsbildung auf Grund der Waffen wieder zu machen. Die Aussichten werden in den Reihen des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten sehr gering beurteilt. Im Zentrum scheint die Meinung zu sein, daß die Wahlerfolge geringer zu sein als bei den Sozialdemokraten, die auch offen dafür eintreten, daß bei der Festlegung der Deutschen Volkspartei auf eine Rechtskoalition und bei der Festlegung des Zentrums auf eine Linkskoalition und bei der dadurch entstehenden Unmöglichkeit einer klaren Lösung, die Auflösung des Landtages das letzte Mittel zur Klärung der Situation wäre. Die Hoffnung der Sozialdemokraten geht offenbar dahin, daß dabei die Stimmen der Kommunisten geschwächt und dadurch die gesamte Opposition verringert werde. Braun hat noch am Sonntagabend demnächst einige Besprechungen gehabt, scheint aber noch zu keinem bestimmten Ergebnis gekommen zu sein. Der Kabinettsrat des Landtages wird nicht am heutigen Montag, sondern erst am Dienstag zusammenzutreten. Fraktionsführungen finden im Landtag erst wieder am Mittwoch statt, und zwar haben zunächst nur die Sozialdemokraten und die Demokraten Fraktionsführungen eintreten. Am 5. Febr. wird im Landtag nach der Geschäftsordnung der bisherigen Landtagspräsident entweder bestätigt werden müssen oder aber es muß eine Neuwahl eintreten.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

Staatssekretär Drendelung hat nach seiner Ankunft in Berlin am Donnerstag zunächst dem Reichswirtschaftsminister Neufuss über den Stand der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen Bericht erstattet. In der Sonntagabend-Kabinettsitzung fand ein weiterer Vortrag des Staatssekretärs vor den Mitgliedern der Reichsregierung statt.

Herriots Resonanz im Auslande.

Die liberale Westminster Gazette, die in letzter Zeit stets mutig und entschlossen für die eigene Meinung eingetreten ist, spricht offen aus, daß es Herriot schwer werden werde, wegzukommen, daß er die Unversenktheit französischer Truppen am Rhein als die einzig mögliche Garantie bezeichnet habe. Herriot und die Militärs seien der Ansicht, daß militärische Maßnahmen mit einer gleich-

zeitigen vorzichtigen Umgehung des Versailler Vertrages durch die Alliierten das beste Mittel sei, um Deutschland zur Innehaltung des Vertrages zu veranlassen. Das ist eine dankenswerter deutsche Kennzeichnung der Politik der französischen Regierung. Der Daily Herald schreibt, britische Offiziere in Deutschland lachten über die furchtbaren Enthaltungen der französischen Militärs und Staatsmänner und versicherten selbst, daß die Deutschen völlig unfähig seien zu kämpfen. Die britische Nation nehme allgemein diese Ansicht an, wenn nicht das Gegenteil bewiesen werde. Auch diese Auffassung deckt sich mit den Erklärungen des Reichsfinanzlers, nach denen die Beweiskraft jenseitigen trifft, die Anklagen gegen Deutschland erheben. — In der französischen Presse kommt naturgemäß der Gegensatz zum Ausdruck, der zu den Augenmerksten in der Kammer geführt hat. Eine Kolonne schiebt die Schuld an den scharfen Worten Herriots auf die deutsche Regierung (!) und spricht von Schikanen und Nadelstichen der deutschen Politik. Deutschland ist nun am Scheidewege; entweder wird es die Politik der Unanknüpfung annehmen, die uns berechtigt, eine ständige Verteidigung zu organisieren oder es wird eine Politik der Bestimmtheit und des Vertrauens in die französische Demokratie einleiten. Es ist etwas viel verlangt, daß wir gerade nach dieser Rede des demokratischen Führers der französischen Politik besonderes Vertrauen aufbringen sollen. Mit den französischen Unwahrscheinlichkeiten und Wendungen ist dem Frieden sicherlich nicht gedient. Der Marin phantasiert selbstverständlich wieder von der Kriegsvorbereitung Deutschlands, jammert beklammernd über eine neue Gefahr und macht einen japanisch-ausschlagend-deutschen Block an die Wand, der seine Spitze gegen die Westmächte richtet. Der Marin weiß ganz genau, daß wir kein Interesse daran haben, in ostasiatische und pazifische Händel verwickelt zu werden; er braucht das Gespenst lediglich, um die Gewaltpolitik Frankreichs gegenüber der englischen und amerikanischen öffentlichen Meinung zu verteidigen. Wie der Temps lehnt auch der Marin den Gedanken einer friedlichen Verständigung zwischen England, Frankreich und Deutschland rundweg ab.

Dienstag Reichstags-Sitzung.

Die nächste Plenarsitzung des Reichstages findet am Dienstag, 3. Februar, nachmittags 2 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht das Grenzverleumdungsbüroverkommen mit der Tschechoslowakei. Nach Erledigung dieser Vorlage soll die zweite Lesung des Reichsausschusses ihren Anfang nehmen, und zwar mit dem Haushalt des Reichsarbeitsministeriums.

Zum Varnat-Stand.

Die Verhandlungen des preussischen Varnat-Ausschusses werden immer dramatischer. Die Hauptakteure des nachdemokratischen Deutschlands marschieren nach und nach sämtlich auf, um Prober ihrer damaligen Regierungslust abzugeben. Schade, daß der eigentliche Träger der Handlung, Herr Julius Varnat, nicht auch in Person erscheint. Ein fabelhaftes Werk muß er doch gewesen sein, denn sie sind alle auf ihn irgendwie zurückzuführen. Die Sozialregierung wollte ihn sogar zu ihren Gesandten machen. Man fabelte auch davon, daß er als deutscher Diplomat in Holland wirken sollte. Sein Verhalten blühte auf dem Felde des Revolutionsgewinnertums. Varnat erlaubte rechtzeitig seine Mission, nämlich mit Hilfe der großen Politik Geld zu verdienen. Jemandem Mitglied der holländischen Gesandtschaft, oder er erledigte seine Schiebsgeschäfte auf dem Diensttelefon im Reichspräsidentenpalais als Staatsgespräch. Schlimmer noch als die kleinen Schlingungen wirkt die Nervosität, mit der man damals die Sache einfädete und mit der man sie heute ausfädeln will. Herr Julius Varnat wohnte ständig im Hotel Bristol und gab seinen Freunden Diners. Daß die Sekretärin Rosenheim Aktienkauf, die für das Auswärtige Amt bestimmt waren, zeichnete, ist durch ein bürokratisches Kuriosum. Ein großes Kuriosum bleibt ja doch die Tatsache, daß ein leinzeitiger von einer bekannten Berliner Zeitung als „Großschieber“ entlarvter Geschäftsmann auch weiterhin von ebenfälligen Würdenträgern der Behörden geschäftlich empfohlen werden kann.

Kommunistisches Komplott in Bayern.

München, 31. Jan. Die Münchener Polizei hat ein kommunistisches Komplott aufgedeckt, das sich mit dem Ausbau eines „Ordnungsabteilung“ in Südbayern beschäftigt. Dieser „Ordnungsabteilung“ sollte die Leute für den

Bürgerkrieg in technischen, militärischer und geologischer Hinsicht schulen. Aus dem beschlagnahmten Material ging hervor, daß sich die kommunistische Partei eine Kampftruppe für dierote Armee bilden wollte. Es wurde der Monteur Karl Mayer, der Leiter des Münchener Ordnungsabteilung, beim Verlassen des Landtags verhaftet. Umfangreiches Material, das er bei sich führte, wurde beschlagnahmt, und es ergab sich daraus, daß die Organisation sich auch für die Beschaffung von Waffen interessierte. Auf Grund der vorgefundenen Briefe wurden 33 Personen verhaftet und beim Amtsgericht München eingeliefert. Da es sich hierbei um Hochverrat handelt, wird die Angelegenheit dem Staatsgerichtshof in Leipzig übergeben werden.

Karlruhe, 31. Januar. Nördlich der Ludwigsfesten in Nassau fanden spielende Kinder Sprengungsmunition. Auf Grund der darauffolgt vorgenommenen polizeilichen Nachforschungen hat sich der Verdacht herausgestellt, daß Mitglieder der kommunistischen Partei die Sprengstoffe vergraben haben. Die Staatsanwaltschaft hat gegen mehrere Personen Haftbefehle ausgestellt und die Angelegenheit dem Oberreichsanwalt überwiesen.

Gehöhte Erwerbslosenfürsorge.

Durch Verordnung vom 30. Januar 1925 sind die Höchstätze der Erwerbslosenfürsorge mit Wirkung vom 9. Februar 1925 heraufgesetzt worden. Die Erhöhung beträgt für männliche Erwerbslose etwa 17 b. S., für die Familienergänzung etwa 25 b. S. der bisherigen Sätze. Bemerkenswert sind die Unterhaltungen für Frauen heraufgesetzt worden, diese sind nunmehr — entsprechend dem Beschlusse des Reichstages — den Männern in Bezug auf die Höchstätze völlig gleichgestellt.

Herriot scharfer als Poincare.

Das sozialistische Blatt Leveure macht sich in Rom über die Angst gewisser italienischer demokratischer Blätter vor dem Aufbruch nach rechts, der in Deutschland sich bemerkbar macht, lustig, und schreibt alsdann über Herriots Kammerrede, Herriot habe versucht, ein Bündnis mit der deutschen Sozialdemokratie einzugehen. Nachdem ihm das mißlungen sei, habe er vor dem Kabinett Luthers eine Angst, wie kleine Kinder vor einem dunklen Ausgang. — Oboca führt aus, daß Herriot sich jetzt nach Form und Inhalt politisch Poincare nähert. Seine Rede habe die Kluft zwischen Deutschland und Frankreich erweitert, denn Herriot habe das Ausprobieren indirekt gerechtfertigt und für Frankreich das Recht in Anspruch genommen, auf unbestimmte Zeit im Rheinland zu bleiben. Seine diesbezügliche Theorie sei noch kühner als diejenige Poincares. Seine Anklagen gegen Deutschland fielen nicht einmal einer oberflächlichen Prüfung stand. Am französischen Vorkriegsstand in Bayern, die doch gerade durch Frankreich selbst geschürt worden seien, lächerlich würde es aber auch, wenn Herriot, der Ministerpräsident eines Landes, das bis an die Zähne bewaffnet ist, und das sogar auf die Armeen Polens und der Tschechoslowakei zählen könnte, Angst vor der deutschen Politik zeige. Je deutschfeindlicher die französische und die englische Politik würden, um so leichter werde Deutschland für eine Reaktion zu haben sein.

General Wille †.

Basel, 31. Jan. Der deutschfreundliche frühere Oberkommandierende und Negationsrat der Schweizerischen Armee, General Ulrich Wille ist auf seinem Landhof bei Mellen am Jägerberg See im Alter von 77 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Seine Witwe entstammte der bekannten Samsburger Neuberger-Familie (Stoman, seine Gattin ist eine geborene Gräfin Wisnarski aus dem schwedischen Hause. General Wille leitete als Armeekommandant im Jahre 1912 die schweizerische Expedition nach Nord, denen auch Kaiser Wilhelm II. beistand. 1914 wurde er von der Bundesversammlung zum General und zum Oberkommandierenden der Schweizerischen Armee ernannt und war in dieser Tätigkeit oberster Heerführer der Schweiz. Während der vier Kriegsjahre hat er sich bei Durchführung der Neutralität der Schweiz ganz besondere Verdienste erworben.

Paris, 1. Febr. Wie Liberte erzählt, ist bei einem Flugversuch ein Wasserflugzeug in Suresnes bei Paris in die Seine gestürzt. Der Flugzeugführer hat ein Bein gebrochen, sein Begleiter ist ertrunken.